

Angela Merkel: Es gibt **keine Alternative** zum Vorgehen der Vereinigten Staaten

Rede der Parteivorsitzenden in der Bundestagsdebatte am 11. Oktober über die militärischen Gegenschläge der Vereinigten Staaten nach den Terrorakten vom 11. September



Was bedeuten diese Terroranschläge? Schlagartig ist klar geworden: Die Illusion von einer friedlichen Welt bleibt eine Illusion.



Ich spreche auch über die wirtschaftliche Lage, weil die globale Wirtschaftsordnung, die Freiheit gewährleisten soll, und unsere soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland immer die eine Seite der Medaille waren. Auf der anderen Seite stand immer die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Überzeugungskraft der freiheitlichen Demokratien entwickelt sich auch aus ihrer Dynamik im Bereich des Wirtschaftswachstums und des Lebensstandards der Menschen in diesen Gesellschaften.

Heute vor einem Monat haben die schrecklichen Terroranschläge auf New York und auf Washington die Welt verändert. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass dieser 11. September 2001 ein Wendepunkt ist, ein Wendepunkt im Zusammenleben der Völker auf dieser Welt. Spätestens seit dem 7. Oktober, seit Sonntagabend wissen wir: Dies hat viele Konsequenzen – auch militärische.

Ich sage dazu: Diese Konsequenzen sind alternativlos. Mit Recht – ich verstehe das – stellen sich viele Menschen in den letzten Wochen die bange Frage: Was bedeuten diese Terroranschläge für meine eigene Zukunft, für meine Familie, für meine Kinder? Denn schlagartig sind für uns alle die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts sichtbar geworden. Schlagartig ist klar geworden: Die Illusion von einer friedlichen Welt bleibt eine Illusion.

Angst darf nicht unser Ratgeber sein. Der Wendepunkt des 11. September hat Konsequenzen. Es wäre falsch zu sagen: Dieser Wendepunkt bedeutet, dass nichts mehr so bleibt, wie es war. Es bleiben unsere Werte, die Achtung der Würde des Menschen, das Eintreten für Freiheit und Gerechtigkeit, und es bleibt vor allen Dingen die Chance, diese Werte in ihrer Bedeutung stärker zu achten und stärker durchzusetzen.

Sie, Herr Bundeskanzler, waren – wie ich finde, leider recht spät – in dieser Woche in den Vereinigten Staaten.

Sie waren an der Stätte des Grauens, an der Stätte des Terrors, an der Stelle, an der Tausende von Menschen ihr Leben verloren

haben. Sie haben dort den Ort gesehen, an dem Hass und Gewalt gewütet haben. Jedem muss klar sein: Es gibt keine Form der Erklärung für solche Taten, und es darf sie auch nicht geben. Ich sage dies, weil ich spüre, dass mit dem Abstand von dem Ereignis immer wieder versucht wird, solcherlei Erklärungen doch auf die verschiedenste Art und Weise zu finden. Ich sage dies vor allen Dingen mit großer Bedrückung, weil das selbst im öffentlich-rechtlichen Fernsehen vorkommt. Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

Wir dürfen das nicht zulassen, weil wir es den Opfer schuldig sind. Wenn dieser schreckliche Tod von Tausenden und Aber-tausenden von Menschen einen Sinn haben soll, dann müssen wir es entschlossen in die Hand nehmen, unsere Welt von den Wurzeln dieses Terrors zu befreien. Das ist die Aufgabe, die sich für uns aus dem 11. September ergibt.

Der Krake Terror und Angst darf uns nicht handlungsunfähig machen

Der 11. September hat uns gezeigt: Wir, unsere offenen Gesellschaften – das gilt für jeden einzelnen Menschen – brauchen die Bereitschaft, diesen Kampf einzugehen. Wir haben erlebt, dass es nicht ausreicht, gleichgültig gegenüber uns selbst zu sein. Vielmehr müssen wir uns darüber klar werden, wofür wir kämpfen. Ansonsten wird der Krake des Terrors, der Krake der Angst die Menschen handlungsunfähig machen. Ich werde

in diesen Tagen – wie Sie alle – oft gefragt: Müssen wir nicht noch mehr Angst haben, wenn es Reaktionen der freien Welt gibt? Ich sage: Die Angst müsste größer sein, wenn es keine Reaktionen gäbe. Deshalb müssen wir handeln.

Der 11. September hat uns noch etwas anderes deutlich gemacht: Unsere eine Welt ist eine überschaubare Welt, und wir leben gemeinsam. Wer geglaubt hat, Deutschland könne sich aus dieser Welt in irgendeiner Weise ausklinken, ist eines Besseren belehrt worden. Terroristen haben unter uns gelebt und leben vielleicht noch unter uns. Deshalb haben wir die Verantwortung, gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir ein Konzept nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern genauso im Bereich der Innenpolitik als Weltinnenpolitik aufstellen.

Die Ausgestaltung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik darf nicht länger auf sich warten lassen

Ein solches Konzept muss verschiedene Aspekte berücksichtigen. Der erste Aspekt ergibt sich im Grunde, seitdem es die deutsche Einheit gibt. Damals hat der Vater des heutigen amerikanischen Präsidenten dem Bundeskanzler Helmut Kohl „partnership in leadership“ angeboten. Heute ist die Zeit da, in der wir diese Verantwortung einlösen müssen. Geradezu vorausschauend hat uns der Leiter des Jüdischen Museums in Berlin, Herr Blumenthal, anlässlich der Einweihung dieses Museums ins Stammbuch geschrieben: Wir Deutschen haben im 21. Jahrhundert die Aufgabe, eine führende Rolle im Kampf um Menschenrechte und gegen den Terrorismus zu spielen. Und diese Aufgabe müssen wir einlösen.

Wir müssen diese Aufgabe auch als ein wichtiges, als ein großes Land in der Europäischen Union einlösen. Die Wertegemeinschaft der Europäischen Union muss sich in diesen Stunden und Tagen bewähren. Die Antwort auf die Frage, wie die Europäische Union und in ihr Deutschland agieren und wie wir die Vertiefung unserer Zusammenarbeit ausgestalten, wird entscheiden, welche Rolle Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts spielt. Es zeigt sich mit großem Drängen, dass die Ausgestaltung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nicht auf sich warten lassen sollte. Es zeigt sich mit großem Drängen, dass das Schmieden von Allianzen nicht ohne die Europäische Union vonstatten gehen darf. Vielmehr wird sie dabei eine wichtige Rolle spielen müssen.

Selten hat es in einem Monat so viele diplomatische Aktivitäten gegeben. Wer geglaubt hat, nach dem 11. September könnte es das Primat der Politik nicht mehr geben, ist eines Besseren belehrt worden. Das ist eine gute Erfahrung.

Wir müssen aber auch aufpassen, dass neue Allianzen nicht über unterschiedliche Wertvorstellungen hinwegtäuschen. Der russische Präsident hat an dieser Stelle eine bemerkenswerte Rede gehalten. Er hat uns alle darauf hingewiesen, dass der Kalte Krieg lange vorbei ist. Er hat festgestellt, dass wir alle noch dazu neigen, in den Strukturen des Kalten Krieges zu denken. All das ist richtig. Aber ich möchte hinzufügen: Der Kalte Krieg ist zu Ende. Dies hat aber nicht zu einer neutralen Wertebasis geführt. Er ist nämlich zu Ende, weil die Werte von Freiheit und Demokratie gegen Diktatur und Unterdrückung gesiegt haben. Dies ist eine wichtige Erfahrung.

Ich sage dies nicht aus nachträglicher Besserwisseri – ich habe nämlich auf der

anderen Seite gelebt –, sondern weil wir uns über diesen Punkt im Klaren sein müssen, wenn wir die Fundamente für eine neue Ordnung des 21. Jahrhunderts legen wollen. Es mag ja sein, dass wir die Erfahrungen und die Geschehnisse in Tschetschenien auch unter einem anderen Blickwinkel sehen müssen. Es muss auch ausgesprochen werden, dass in Tschetschenien Menschenrechtsverletzungen passiert sind und passieren, die wir auch angesichts neuer Allianzen nicht dulden dürfen.

Ich sage Ja zu neuen Allianzen und zu neuen Partnerschaften in allen Bereichen, wo dies möglich ist. Aber das darf beispielsweise im Zusammenhang mit Russland zum Beispiel nicht dazu führen, dass wir auf dem Standpunkt stehen, Russland könne sofort Mitglied der NATO werden. Wir tun uns alle keinen Gefallen, wenn wir diese Dinge nicht mehr aussprechen würden; sie müssen auch nach dem 11. September ausgesprochen werden.

Warum kommen viele der Terroristen nicht aus den Schichten der Ärmsten der Armen?

Wir brauchen einen Dialog der Religionen und Kulturen – entschlossener und offener als bisher. Ich glaube im Übrigen, dass wir, die Deutschen und die Europäer, über unsere eigenen Grundlagen sehr viel stärker nachdenken werden, wenn wir in einen solchen Dialog der Kulturen offensiv eintreten. Es ist aber auch wichtig, dass wir uns mit der Frage auseinandersetzen, warum viele der Terroristen nicht aus der Schicht der Ärmsten der Armen kommen, sondern Mitglieder der gebildeteren und reicheren Schichten ihrer Länder sind. Deshalb sage ich: Der Dialog der Kulturen und Religionen ist wichtig.

Aber er findet dort seine Grenzen, wo Religion für politische Machtstrukturen missbraucht wird.

Für die Bekämpfung des Terrorismus brauchen wir eine Doppelstrategie wie die, die zum Untergang des Sozialismus und Kommunismus geführt hat. Diese Strategie muss auf der einen Seite hart, unerbittlich und kompromisslos mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, gegen bestimmte Werteverletzungen angehen. Auf der anderen Seite muss sie denjenigen Menschen eine Perspektive geben, die sich für die Werte von Freiheit und Demokratie einsetzen.

Wenn wir diese Strategie durchführen wollen, dann muss das Konsequenzen für die Prioritäten unserer Politik haben. Herr Bundeskanzler, ich kann Ihnen deshalb diese Bemerkung nicht ersparen: Der Haushalt des Jahres 2000 mit den dramatischen Kürzungen im Bereich der Entwicklungshilfe war genau das falsche Signal für eine solche notwendige Politik des 21. Jahrhunderts.

Auch die 200 Millionen DM, die jetzt aus den zusätzlich aufgebracht 3 Milliarden DM zusätzlich für die Entwicklungshilfe ausgegeben werden, sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Der 11. September muss stärkere Konsequenzen nach sich ziehen – beispielsweise hinsichtlich der Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation –, weil es notwendig ist, den armen Ländern auf der Welt zu helfen. Wenn wir dies nicht bedenken, sind unsere Worte nur Lippenbekenntnisse.

Der 11. September hat gezeigt, dass die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen

Für mich hat der 11. September gezeigt, dass die Grenzen von innerer und äußerer Si-

cherheit zunehmend verschwimmen. Bei ganz nüchterner Betrachtung müssen wir zum Schluss kommen, dass plötzlich aus dem Inneren offener Gesellschaften nicht staatliche Akteure quasi militärisch agieren.

Dies ist eine Form von Bedrohung, die wir nicht gekannt haben. Deshalb kann ich mich mit Ihrem Satz „An der Unterscheidung von innerer und äußerer Sicherheit werden wir festhalten“ nicht einverstanden erklären. Dieser Satz beschreibt das, was wir gemeinsam erlebt haben, nicht ausreichend. Dieser Satz beschreibt nicht die eigentliche Veränderung. Denn es gibt nicht die äußere Sicherheit und die innere Sicherheit, sondern es gibt die Frage der Bedrohung. Wir leben in einer gemeinsamen Welt. Das ist die Erfahrung. Das sagen Sie doch selber auch.

In gewisser Weise haben Sie sich selbst in Ihren weiteren Ausführungen widersprochen, als Sie darüber redeten, dass es natürlich ganz neue Verzahnungen geben werde. Niemand in dieser Bundesrepublik Deutschland, jedenfalls nicht in meiner Partei, wird in irgendeiner Weise Polizei und Bundesgrenzschutz durch Kräfte der äußeren Sicherheit ersetzen wollen. Vielmehr geht es um die Frage, ob in bestimmten Bedrohungssituationen, ergänzend zu dem, was wir von Polizei und Bundesgrenzschutz brauchen, und ergänzend zu dem, was bereits heute das Grundgesetz ermöglicht, vielleicht bestimmte Dinge zusätzlich angewandt werden sollten. Es geht um die Frage, ob wir es schaffen, nicht immer in rechtlichen Grauzonen zu arbeiten. Denn auch das ist kein politisches Handeln auf Dauer.

Nun hat der Bundeskanzler selbst eben – deshalb brauchen Sie sich auch gar nicht darüber aufzuregen – davon gesprochen, dass man über diesen und jenen Artikel des Grundgesetzes noch einmal nachdenken müsse. Ich lade uns alle ein, dies ohne alle

ideologischen Scheuklappen zu tun und dabei eines zu beachten: Bundeswehr, Polizei und Bundesgrenzschutz müssen ausreichend finanziell ausgestattet sein.

Herr Bundeskanzler, es ist eine zweite Rechnung nicht aufgegangen. Sie haben gedacht, mit Ihrer Konzeption der Haushaltskonsolidierung könnten Sie diejenigen Bereiche vor allen Dingen herunterfahren, in denen sich die Schäden nicht so schnell zeigen würden. Sie haben sich die Entwicklungshilfe vorgenommen. Sie haben sich die Bundeswehr vorgenommen. Sie haben sich Teile der inneren Sicherheit vorgenommen.



Herr Bundeskanzler, Sie haben 20 Milliarden Mark genau an der Stelle gespart, wo sie jetzt am meisten fehlen: bei der Bundeswehr

Es hat sich gezeigt, dass die 20 Milliarden DM, die Sie gegenüber unserer ursprünglichen Finanzplanung bei der Bundeswehr einsparen, genau diese 20 Milliarden DM sind, die fehlen, um die Bundeswehr auf die Aufgaben vorzubereiten, die sie im Bereich der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, im Bereich der neuen internationalen Herausforderungen hat. Das werden wir auch immer wieder ansprechen.

Diese neuen Bedrohungen haben einen weiteren Aspekt. Sie stellen uns vor die Aufgabe – die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu ein umfassendes Konzept vorgelegt –, mit neuen Mitteln und Möglichkeiten auf bestimmte Dinge zu reagieren.

Herr Struck, wenn Sie hier von „abgeschrieben“ reden, dann muss ich Ihnen wirklich sagen: Sie sollten sich einmal die Freude machen, die Reden Ihres Bundesinnenministers und anschließend die Kommentierung durch die Bundesjustizministerin im

öffentlichen Radio sowie das Herumeiern über die Frage anzuhören, ob man nun Fingerabdrücke in Pässen braucht. Da haben wir eine ganz klare Haltung.

Ich sage Ihnen: Sicherlich will niemand die Freiheit in unserem Land beschränken oder aufheben.

Aber lassen Sie uns bitte in voller Klarheit deutlich machen: Die Freiheit von Millionen Menschen kann nur gesichert sein, wenn die wenigen, die aus dieser Freiheit negativ Profit ziehen wollen, energisch und mit aller Konsequenz bekämpft werden. Deutschland ist dafür bis jetzt weltweit nicht bekannt. Daran muss sich etwas ändern.

Wir müssen künftig die vielen Informationen, die in einer offenen Gesellschaft gesammelt werden, im Kampf gegen den Terrorismus bündeln

Wir werden in der Verzahnung der Aufgaben, aber vor allen Dingen auch in der Koordination der Informationen voranschreiten müssen. Wir werden sehr deutlich machen müssen, dass die vielen Informationen, die in einer offenen Gesellschaft gesammelt werden, aber heute völlig unabhängig voneinander existieren, im internationalen Kampf gegen den Terrorismus gebündelt werden müssen. Dies wird sich nicht auf die Dienste beschränken, wo das heute natürlich schon vollzogen wird. Vielmehr wird sich dies auf eine Vielzahl von Informationen ausdehnen, die in verschiedenen Bundes- und Landesbehörden ermittelt werden.

Ich bin dafür, dass diese Informationszusammenführung institutionalisiert wird, und zwar an einer Stelle, an der mit diesen Informationen kein Missbrauch betrieben werden kann. Das sage ich im Hinblick auf den Bundesfinanzminister.

Ich glaube schon, dass wir eine stärkere Kontrolle aller Geldbewegungen brauchen. Die Geldbewegung ist eine wesentliche Indizienkette. Dadurch können wir die Beziehungen zwischen den Terroristen erfassen. Aber ich persönlich bin dagegen, dass alle diese Daten direkt beim Bundesfinanzminister erhoben werden und ihm zugänglich sind. Denn dann kann der Missbrauch immer wieder Triumphe feiern. – Ich muss ehrlich sagen: Das müsste doch auch Ihnen recht sein. Ihre Aufregung verstehe ich wirklich nicht.

Auch die globale wirtschaftliche Ordnung wird auf dem Prüfstand stehen. Herr Bundeskanzler, Sie sprechen davon, dass die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Bereich einen wichtigen Beitrag leisten will und muss. Das wollen auch wir. Wenn das so ist, dann muss eine so große Nation wie wir auch ihren Beitrag zur Stabilität der weltweiten Wirtschaftsordnung leisten.

Es ist sicherlich richtig, dass wir in einer globalen Welt leben, die zu gegenseitigen Abhängigkeiten führt. Es ist mit Sicherheit richtig, dass wir heute nicht mehr das Wirtschaftswachstum der einen völlig von dem der anderen separieren können. Aber dass wir, die Bundesrepublik Deutschland, mit unseren Möglichkeiten und den Fähigkeiten der Menschen in unserem Land innerhalb der Europäischen Union in diesem Zusammenhang den letzten Platz belegen, hat nichts mit den Amerikanern zu tun, sondern mit unserer nationalen Politik – und die, Herr Bundeskanzler, muss sich schlagartig ändern.

Ich spreche deshalb über die wirtschaftliche Lage, weil die globale Wirtschaftsordnung, die Freiheit gewährleisten soll, und unsere soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland immer die eine Seite der Medaille waren. Auf der anderen Seite stand immer die freiheitlich-demokra-

tische Grundordnung. Die Überzeugungskraft der freiheitlichen Demokratien entwickelt sich auch aus ihrer Dynamik im Bereich des Wirtschaftswachstums und des Lebensstandards der Menschen in diesen Gesellschaften. Wenn es uns in Deutschland nicht gelingt, an dieser Stelle vorne zu liegen und die Maßnahmen einzuleiten, die wirklich notwendig sind, und nicht solche, die kontraproduktiv sind, dann werden wir in der Weltgemeinschaft nicht die Rolle einnehmen, die wir einnehmen könnten.

Es war ein strategischer Fehler des Kanzlers, das Mehr an Sicherheit durch ein Mehr an Steuern zu erkaufen

Herr Bundeskanzler, ich halte es nach dem 11. September für eine massive Fehlentscheidung strategischer Art, dass Sie das erste Mehr an Sicherheit durch ein Mehr an Steuern erkaufen haben. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben in einer vergleichbaren Situation genau das Gegenteil getan. Die Bundesregierung hätte dem deutschen Parlament mühelos den Auftrag geben können, im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen Einsparungen von 3 Milliarden DM vorzunehmen. Dies ist möglich und oft geschehen. Die Bereitschaft dazu wäre da gewesen. Der Weg der Steuererhöhung ist falsch. Dabei bleiben wir.

Die Bedrohungen haben sich verändert. Neue Bedrohungen erfordern neues Denken und entschlossenes Handeln. Neue Bedro-

hungen erfordern vor allen Dingen auch unterschiedenes und in sich konsistentes Handeln. Herr Bundeskanzler, es hat in den vergangenen Wochen in diesem Hause eine große Einigkeit über die strategischen und politischen Notwendigkeiten einer gemeinsamen Politik nach außen gegeben. Wir alle haben die Erfahrung gemacht, dass eine einzige Partei in diesem Hause zu dieser Gemeinsamkeit nicht bereit ist. Dies ist die PDS.

Herr Bundeskanzler, ich muss es deshalb noch einmal sagen: Ich halte es für vollkommen inakzeptabel, dass Sie es als Parteivorsitzender zulassen, dass es im Augenblick in der deutschen Hauptstadt einen Regierenden Bürgermeister gibt, der mit den Stimmen dieser Partei gewählt ist.

Sie können Ihr politisches Handeln nicht auf die Ebenen der Länder und des Bundes und des Handelns nach außen aufteilen. Die Aufgabe für Deutschland im 21. Jahrhundert wird sein, konsistent, besonnen und konsequent zu handeln, und dies ohne Kompromisse.

Deshalb sage ich Ihnen: Die Union ist dafür präpariert. Die Union ist bereit, diesen Beitrag für die Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Die Union ist bereit, dann mit Ihnen zusammenzustehen, wenn Sie die Interessen der Bundesrepublik Deutschland nach außen vertreten. Aber die Union ist auch bereit, ein unbequemer Gesprächspartner zu sein, wenn es um die Interessenvertretung nach innen und um das Wohl der Menschen in diesem Lande geht.